



Antisemitische Vorfälle in Berlin

Bericht 2016

(22.02.2017)

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS)
c/o Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V.
Benjamin Steinitz

Gleimstraße 31 | 10437 Berlin
Tel: 030 / 817 985 818
benjamin.steinitz@vdk-berlin.de
www.report-antisemitism.de
[www.fb.com/AntisemitismusRechercheBerlin](https://www.facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin)
www.twitter.com/Report_Antisem

Inhaltsverzeichnis

Bericht antisemitischer Vorfälle in Berlin 2016.....	2
1 Zusammenfassung.....	2
2 Einleitung.....	4
3 Extreme Gewalt.....	6
4 Physische Angriffe.....	6
5 Sachbeschädigung.....	7
6 Bedrohungen.....	10
7 Verletzendes Verhalten.....	11
8 Versammlungen.....	16
9 Grafiken.....	19

Bericht antisemitischer Vorfälle in Berlin 2016

1 Zusammenfassung

Im Jahr 2016 erfasste die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS) **470 antisemitische Vorfälle in Berlin**. Davon sind **17 physische Angriffe, 18 Bedrohungen, 53 Sachbeschädigungen** an jüdischem Eigentum oder Orten der Erinnerung an die Schoa **sowie 382 auf Fälle verletzenden Verhaltens**. Dieses fand in 80 Fällen mündlich statt. In 152 Fällen fand es im Internet statt und war konkret gegen jüdische Personen oder Institutionen gerichtet. Weitere 150 Fälle waren nonverbale Äußerungen, z. B. antisemitische Propaganda, Schmierereien und postalische Zuschriften. Vorfälle extremer Gewalt wurden durch RIAS 2016 nicht registriert.

Die Zahl der registrierten Vorfälle ist gegenüber dem Vorjahr (2015: 405 Fälle) um 16 % angestiegen. Diese Zunahme liegt nach unserer Einschätzung vor allem in einer höheren Zahl uns *gemeldeter* antisemitischer Vorfälle. Hintergrund ist der verbesserte Austausch mit jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen bezüglich der Verbreitung von entsprechenden Kenntnissen. Neben den genannten 470 antisemitischen Vorfällen wurden der RIAS weitere **192 potentielle Vorfälle bekannt**. Diese wiesen entweder keinen antisemitischen Inhalt auf oder fanden im Internet statt, ohne gegen konkrete Personen oder Institutionen gerichtet zu sein. **Insgesamt hat die RIAS 687¹ Meldungen geprüft und ausgewertet.**

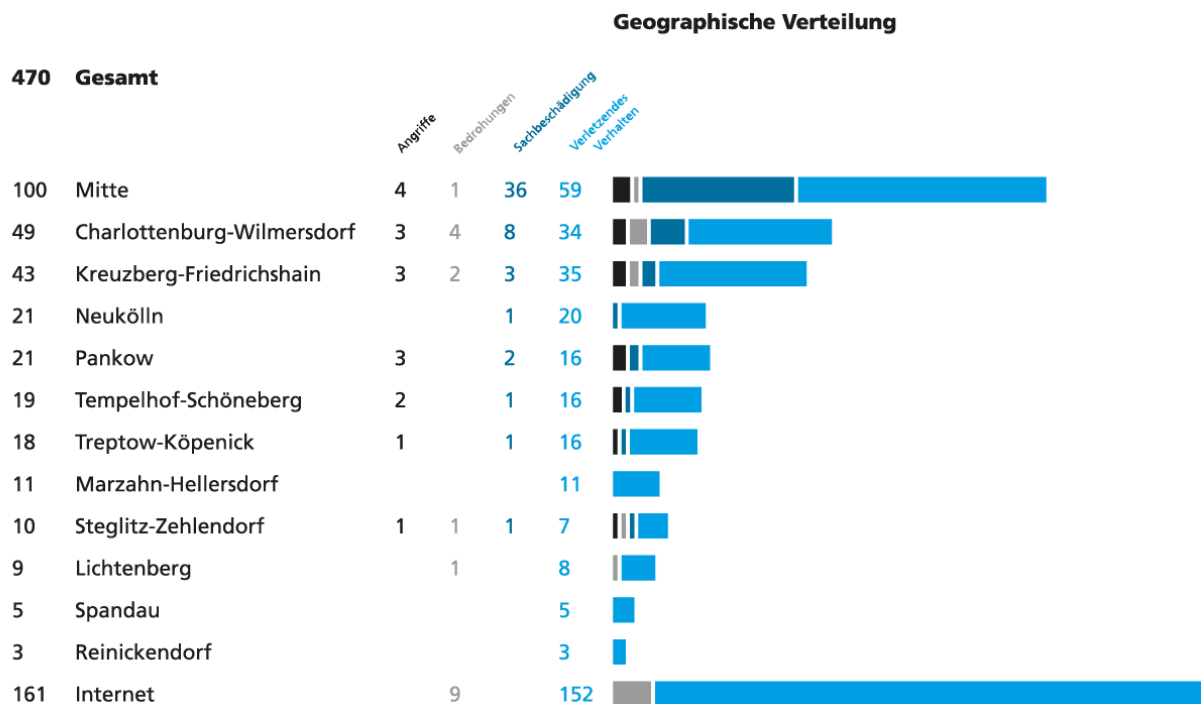
Von **297 der gemeldeten Vorfälle waren insgesamt 303 Personen unmittelbar betroffen**. Die Zahl der von Antisemitismus Betroffenen hat sich gegenüber dem Vorjahr verdoppelt (2015: 151 Betroffene). Bei 132 betroffenen Personen war den Täter_innen bekannt, dass es sich um Jüdinnen oder Juden handelt, was einen Anstieg um 132 % gegenüber 2015 (57 erkennbar jüdische Betroffene) bedeutet. Davon waren 54 Jüdinnen und Juden in einer Face-to-face-Situation Angriffen oder verbalen Bedrohungen und Beschimpfungen ausgesetzt. Per E-Mail und in sozialen Netzwerken wurden 70 erkennbare Juden_Jüdinnen antisemitisch angefeindet. Sieben Sachbeschädigungen richteten sich gegen das private Eigentum von Jüdinnen oder Juden.

2016 wurden in Berlin **42 Sachbeschädigungen an Orten der Erinnerung an die Schoa** festgestellt. Dies ist mehr als drei Mal so viel als im Vorjahr (2015: 15 Sachbeschädigungen). Es gab darüber hinaus 53 Fälle von mündlichen und schriftlichen Beschimpfungen und Bedrohungen, Reden auf Versammlungen und Propagandafällen, welche Abwehrhaltungen gegenüber dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus zum Motiv hatten. Dies drückte sich in Schoa-Leugnungen oder -Relativierungen der Verhöhnung der Opfer oder der Figur der Täter-Opfer-Umkehr aus. Insgesamt stand jeder fünfte antisemitische Vorfall 2016 im Zusammenhang mit einer solchen Motivation.

Die geographische Verteilung der Vorfälle auf die Berliner Stadtbezirke ist ähnlich wie im Vorjahr. Ein Schwerpunkt ist **mit 100 Vorfällen der Bezirk Mitte** (mit den Stadtteilen Moabit, Tiergarten, Wedding). An zweiter und dritter Stelle liegen Charlottenburg-Wilmersdorf (49) und Kreuzberg-

1 Davon beziehen sich 32 Meldungen auf andere Bundesländer. Diese finden in diesem Bericht keine Berücksichtigung.

Friedrichshain (47). Alleine in **Moabit wurden 30 antisemitische Vorfälle** verzeichnet – mehr als in neun der zwölf Berliner Bezirke (siehe Grafik „Geographische Verteilung“).



Was die zeitliche Verteilung betrifft, ereigneten sich von den insgesamt registrierten 470 Vorfällen 2016 mit **294 Vorfällen knapp zwei Drittel (63 %) in der zweiten Jahreshälfte** (Juli bis Dezember 2016). Die Zahl der bekannt gewordenen stieg von 29 pro Monat in der ersten Jahreshälfte auf 49 in der zweiten Jahreshälfte. Gemeldete **antisemitische Anfeindungen im Internet nahmen in der zweiten Jahreshälfte im Vergleich zur ersten sogar um 267 % zu**. Diese enorme Steigerung ist vermutlich auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Zum einen werden der RIAS zunehmend mehr Vorfälle gemeldet. Die bundesweite Medienberichterstattung über RIAS anlässlich des einjährigen Bestehens der Onlineplattform www.report-antisemitism.de im Juli 2016 trug zu einer wesentlich höheren Bekanntheit der Meldemöglichkeit bei. Zum anderen dürfte sich auch das gesellschaftliche Klima verändert haben. Hier schlagen sich in den Fallzahlen vor allem die seit Juli 2016 häufiger und aggressiver vorgetragenen Anfeindungen gegen zivilgesellschaftliche Projekte nieder, die (antisemitische) Hate-Speech im Internet bekämpfen.

Von den 470 antisemitischen Vorfällen ereigneten sich **18 im Kontext öffentlicher Versammlungen oder Veranstaltungen**. Insgesamt gab es 2016 in Berlin 29 öffentliche Versammlungen oder Veranstaltungen, auf denen durch Wortbeiträge, mitgeführte Transparente, gerufene Parolen oder die publizierten Selbstverständnisse der organisierenden Gruppen antisemitische Positionen veröffentlicht wurden. Vor allem Versammlungen israelfeindlicher, verschwörungstheoretischer und extrem rechter Gruppen schufen regelmäßig ein Klima, in dem Kritiker_innen und Berichterstatte_r_innen antisemitisch angefeindet oder sogar bedroht wurden.

Zu allen präsentierten Zahlen ist zu sagen, dass **nach wie vor von einer hohen Dunkelziffer nicht-gemeldeter Vorfälle ausgegangen werden muss**. In einer Studie der Europäischen Grundrechtsbehörde (FRA) aus dem Jahr 2013 gaben 72% der befragten Jüdinnen und Juden in Deutschland an, die schwersten Fälle verbaler Belästigung, physischer Gewalt oder Bedrohung im Verlauf der letzten fünf Jahre weder der Polizei noch einer anderen Organisation mitgeteilt zu haben.

Der Studie war auch zu entnehmen, dass 8 % der befragten Jüdinnen und Juden aus Deutschland im selben Zeitraum persönlich Gewalt oder Bedrohung erfahren haben sowie weitere 36 % verbalen Belästigungen ausgesetzt waren.

2 Einleitung

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS) wurde im Januar 2015 durch den Verein für Demokratischen Kultur in Berlin (VDK) e.V. gegründet. Sie wird gefördert durch das Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Anti-Diskriminierung und die Amadeu Antonio Stiftung.

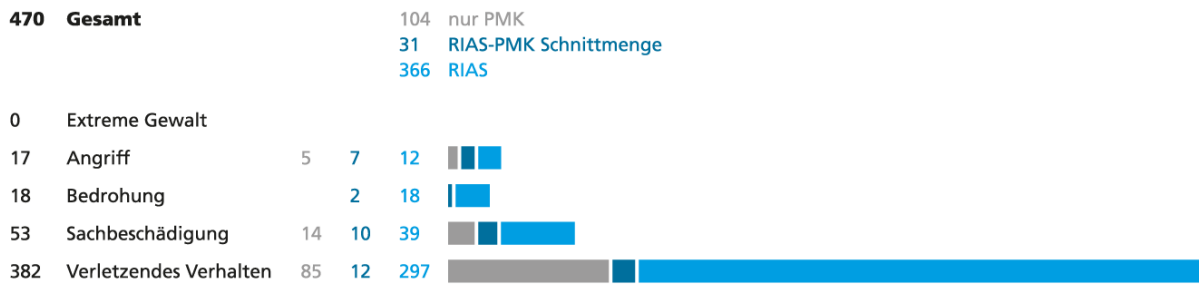
Ziel der RIAS ist eine zivilgesellschaftliche Erfassung antisemitischer Vorfälle und die Vermittlung von Unterstützungsangeboten für die Betroffenen. Seit Juli 2015 existiert unter www.report-antisemitism.de das bundesweit erste Onlineportal zur Meldung antisemitischer Vorfälle. Die Meldemöglichkeit wird regelmäßig innerhalb der jüdischen Gemeinschaften Berlins sowie in den Medien und in sozialen Netzwerken beworben. Das Projekt pflegt einen Austausch über antisemitische Vorfälle mit Vertreter_innen jüdischer und nicht-jüdischer Organisationen. Neben dem Onlineportal erreichen RIAS Meldungen per Telefon und über soziale Netzwerke.

2016 erfasste RIAS 470 antisemitische Vorfälle in Berlin. Das entspricht einem Anstieg um 16 % im Vergleich zum Vorjahr (405 Vorfälle). Davon entfallen 17 auf physische Angriffe, 18 auf Bedrohungen, 53 auf Sachbeschädigungen an jüdischem Eigentum oder Orten der Erinnerung an die Schoa sowie 382 auf Fälle verletzenden Verhaltens.² Dieses fand in 80 Fällen mündlich statt. In 152 Fällen fand es im Internet statt und war konkret gegen jüdische Personen oder Institutionen gerichtet. Weitere 150 Fälle waren nonverbale Äußerungen, z. B. antisemitische Propaganda, Schmierereien und postalische Zuschriften. Vorfälle extremer Gewalt wurden durch RIAS 2016 nicht registriert.

Gut jeder fünfte Vorfall der 470 geht aus der Statistik „politisch-motivierter Kriminalität“ (PMK) zu antisemitischen Straftaten des Landeskriminalamts Berlin hervor. Um ein möglichst umfassendes Bild über das Ausmaß antisemitischer Vorkommnisse zu erhalten, wertet RIAS die polizeilichen Zahlen aus und berücksichtigt die Vorfälle, wenn sie die Kriterien für einen antisemitischen Vorfall erfüllen. Von den 175 polizeilich erfassten antisemitischen Straftaten erfüllten 135 die Kriterien von RIAS. Von diesen waren bereits 31 Vorfälle der RIAS direkt gemeldet worden.

2 Eine Definition dieser Kategorien erfolgt nachfolgend jeweils in den entsprechenden Abschnitten.

Vergleich der RIAS- und PMK-Statistiken nach Vorfallkategorien



* Die Grafik vergleicht die der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (helles Blau) bekannt gewordenen Fälle mit jenen, welche in der polizeilichen Statistik für politisch-motivierte Kriminalität (PMK: grau) unter „antisemitischen Straftaten“ und Straftaten des Themenfeldes „Israel-Palästina-Konflikt“ für das Jahr 2016 erfasst wurden. Die Schnittmenge (dunkel blau) bildet jene Straftaten der polizeilichen Erfassung ab, welche dem Projekt bereits bekannt waren.

Die Kriterien, die RIAS für die Einordnung als antisemitische Vorfälle anlegt, orientieren sich am Vorgehen des Community Security Trusts (CST), einer jüdischen Organisation in Großbritannien, die seit 1984 antisemitische Vorkommnisse dokumentiert. Die von dem Projekt verwendeten Kategorien für antisemitische Vorfälle sind Extreme Gewalt, Angriffe, Bedrohungen, Sachbeschädigungen und verletzendes Verhalten. Eine genaue Definition dieser Kategorien erfolgt nachfolgend jeweils in den entsprechenden Abschnitten.

Zur inhaltlichen Bestimmung des Begriffs Antisemitismus orientiert sich RIAS an der im Mai 2016 von den Mitgliedsstaaten der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) verabschiedeten „Arbeitsdefinition Antisemitismus“³, sowie der 2013 von derselben Organisation veröffentlichten „Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust“ als Orientierung.⁴ Die „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ wurde für den deutschen Kontext 2014 leicht angepasst.⁵ Bei der Bestimmung von israelbezogenem Antisemitismus orientiert sich RIAS zu dem an der von Nathan Sharansky vorgeschlagenen Trias aus Dämonisierung, Delegitimierung und Double-Standards.⁶

Teil der Projektstätigkeit ist das pro-aktive Monitoring von Versammlungen mit antisemitischer und israelfeindlicher Ausrichtung. In diesem Bereich werden Vor-Ort Beobachtungen, Hintergrundanalysen und sich daraus ergebende Bewertungen durch die Mitarbeiter_innen des Projektes vorgenommen. Der inhaltliche Bezugsrahmen für die Auswertung der gemachten Beobachtungen ergibt sich aus den genannten Arbeitsdefinitionen; da sich an dieser Stelle das Vorgehen methodisch von der sonstigen Systematik (Erfassung von Meldungen) der Projektarbeit unterscheidet, werden die 29 von RIAS beobachteten öffentlichen Versammlungen und

3 Vgl.: <https://www.holocaustremembrance.com/media-room/stories/working-definition-antisemitism> (zuletzt, 13.02.2017)

4 Vgl.: <https://www.holocaustremembrance.com/de/arbeitsdefinition-zur-leugnung-und-verharmlosung-des-holocaust> (zuletzt 13.02.2017).

5 Vgl.: <http://berliner-register.de/content/antisemitismus> (zuletzt 13.02.2017).

6 Vgl. <http://jcpa.org/article/3d-test-of-anti-semitism-demonization-double-standards-delegitimization/> (zuletzt 15.02.2017).

Veranstaltung nicht innerhalb der 470 Vorfälle aufgeführt. Eine Einschätzung des Charakters dieser Versammlungen findet sich in Kapitel 8.

Bezüglich der Entwicklung und Anwendung der Vorkfallkategorien und Methoden zur Auswertung der gesammelten Informationen steht RIAS im einen regelmäßigen Austausch mit Kolleg_innen des Community Security Trust (CST), des Internationalen Instituts für Bildung und Sozial und Antisemitismusforschung (IIBSA), sowie der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR).

3 Extreme Gewalt

Als **extreme Gewalt** werden physische Angriffe oder Anschläge gewertet, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körpverletzungen darstellen. Zu der Kategorie gehören auch Fälle von Kidnapping, Messerangriffe oder Schüsse.

2016 wurde keine Fälle extremer Gewalt in Berlin bekannt.

4 Physische Angriffe

Als **physischer Angriff** wird jeder körperliche Angriff auf eine Person gezählt, der nicht lebensbedrohlich ist und keine starken körperliche Schädigungen nach sich zieht. Darunter fallen auch versuchte Angriffe, also Fälle, in denen sich die Betroffenen verteidigen oder die Flucht ergreifen. Als versuchter Angriff wird auch das Werfen von Gegenständen (wie Steine, Flaschen etc.) gewertet, selbst wenn diese ihr Ziel verfehlen.

2016 wurden in Berlin insgesamt 17 physische Angriffe gemeldet. Die Betroffenen wurden geschlagen, geschubst oder ihnen wurde ins Gesicht gespuckt. Hier ist ein leichter Rückgang im Vergleich zu 2015 (20 Angriffe) zu verzeichnen.

Von den 17 Angriffen waren 24 Personen unmittelbar betroffen. Von diesen waren 14 Personen männlich, drei weiblich, bei sieben Personen ist das Geschlecht nicht bekannt. Vier Betroffene waren durch das Tragen religiöser oder traditioneller Kleidung oder durch Schmuck mit jüdischer Symbolik als Jüdinnen oder Juden erkennbar. Zwei Betroffene wurden geschlagen, nachdem die Täter sie als Israelis identifiziert hatten. Fünf Personen wurden während des Angriffs als Jüdinnen oder Juden angesprochen. Die große Mehrheit der Angriffe ereignete sich in Alltagssituationen auf der Straße, im öffentlichen Nahverkehr, in gastronomischen Einrichtungen oder am Arbeitsplatz der Betroffenen. Sechs Personen wurden am Rande von Versammlungen angegriffen. Vier der Angriffe fanden im Bezirk Mitte statt. In Charlottenburg-Wilmersdorf, Kreuzberg-Friedrichshain und Pankow gab es je drei Angriffe, in Tempelhof-Schöneberg zwei und in Treptow-Köpenick und Steglitz-Zehlendorf jeweils einen Angriff.

Beispiele für Angriffe:

Charlottenburg-Wilmersdorf, Januar 2016: Ein Ehepaar wird am frühen Abend in der U-Bahnlinie U7 zunächst verbal angefeindet. Mehrfach wird der Betroffene gefragt ob er Jude sei. Als er die Frage

ignoriert wird er mehrfach auf Arabisch als „al yahudi“ (deutsch: „Jude“) beschimpft. Beim Aussteigen tritt einer der Täter kräftig gegen das Bein des Betroffenen.

Bezirk Mitte, Juli 2016: Ein Mitglied der neo-orthodoxen Gemeinde Kahal Adass Jisroel wird auf dem Weg zur Synagoge von zwei Fahrradfahrern angegriffen. Einer beschimpft ihn, droht mit Gewalt gegen ihn und seine Familie und spuckt ihm zweimal ins Gesicht. Schließlich fotografiert einer der Täter den Betroffenen mit seinem Handy.

Charlottenburg-Wilmersdorf, August 2016: Ein etwa 50-jähriger Mann äußert sich in der Wilmersdorfer Straße antisemitisch und israelfeindlich. Daraufhin spricht ihn der Betroffene, der selber Jude ist, an und verbittet sich den verbalen Antisemitismus. Daraufhin greift der Täter ihn physisch an.

Bezirk Mitte, August 2016: Am Rande einer Versammlung der Organisation „Boycott, Desinvestition, Sanktionen“ (BDS Berlin) wird ein israelischer Tourist, der zufällig mit seiner Tochter dort vorbeikommt, physisch angegriffen, nachdem er zuvor ein an ihn verteiltes Flugblatt kritisiert hatte. Er wird als „Scheißjude“ und „Mörder“ beschimpft, bedrängt und geschubst. Bereits zuvor hatten Teilnehmende der BDS-Kundgebung Kritiker_innen der Veranstaltung ins Gesicht gespuckt.

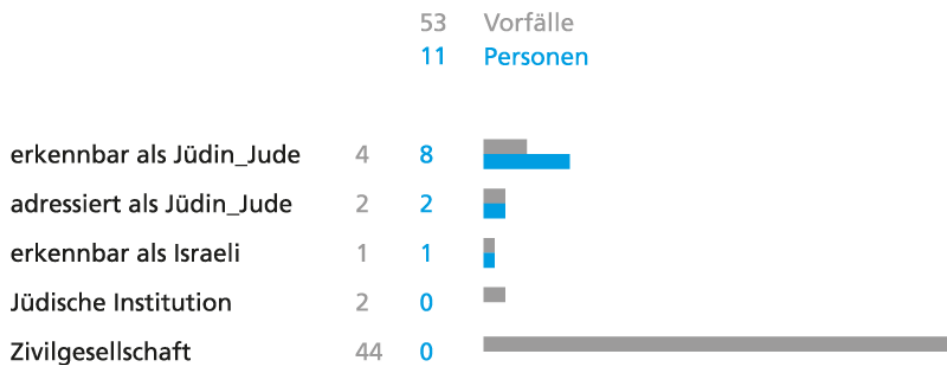
Friedrichshain-Kreuzberg, Oktober 2016: Bei einem Kneipengespräch mit einem unbekanntem Gesprächspartner gibt ein Israeli seine Staatsangehörigkeit preis. Daraufhin bricht der Täter das Gespräch ab und steht auf. Kurze Zeit später kehrt er zurück und schlägt dem Betroffenen von hinten auf den Kopf. Dieser bricht sich bei dem Angriff einen Finger.

5 Sachbeschädigung

Als **Sachbeschädigung** zählt RIAS das Sprühen, Malen oder Schmieren antisemitischer Slogans oder Symbole, das Anbringen antisemitischer Aufkleber oder Plakate sowie die Beschädigung von jüdischem Eigentum oder von Orten der Erinnerung an die Schoa.

Insgesamt wurden 2016 53 Fälle von Sachbeschädigung registriert. Davon richteten sich mit 42 Vorfällen knapp 80 % gegen Orte der Erinnerung an die Schoa. In der Grafik „Betroffene von Sachbeschädigungen“ werden diese durch die Kategorie „Zivilgesellschaft“ bezeichnet. Die Zahl der Vorfälle in dieser Kategorie hat gegenüber dem Vorjahr (15) um 180 % zugenommen. In sieben Vorfällen richtete sich die Sachbeschädigung gegen privates Eigentum Berliner Jüdinnen und Juden. Zwei Sachbeschädigungen richteten sich gegen Einrichtungen der Jüdischen Gemeinde zu Berlin (siehe Grafik „Betroffen von Sachbeschädigungen“).

Betroffene von Sachbeschädigungen



Geographisch ereigneten sich gut zwei Drittel der registrierten Sachbeschädigungen (36 von 53) im Bezirk Mitte. Dabei ist auffallend, dass verschiedene Gedenkorte auf die dieselbe Art und Weise beschädigt wurden. So wurden an zwei Denkmäler in der Spandauer Vorstadt mehrfach „Hitlerbärtchen“ angebracht – an die 13 Bronzefiguren in der Großen Hamburger Straße sowie an den „Block der Frauen“ in der Rosenstraße. In Moabit, einem Stadtteil von Mitte, wurden die Denkmäler in der Levetzowstraße, auf der Putlitzbrücke sowie in der Ellen-Eppstein-Straße zunächst mehrmals mit dem Wort „Lüge“ und seit September 2016 regelmäßig mit der Wortkombination „Wahrheit Liebe Jesus“ beschmiert. Mehrfach tauchten Schmierereien mit denselben Worten und demselben Schriftbild an unterschiedlichen weniger als drei Kilometer voneinander entfernt liegenden Orten auf, was ein deutlicher Hinweis auf dieselben Täter_innen ist.

In 11 Fällen wurden 69 „Stolpersteine“⁷ gezielt beschmutzt, nachhaltig beschädigt oder gestohlen. Allein in einer Nacht wurden in Friedenau 35 Stolpersteine beschmiert. Werden mehrere „Stolpersteine“ durch eine Tat beschädigt, wird es als ein Fall von Sachbeschädigung gezählt.

Sieben Sachbeschädigungen richteten sich gegen die Wohnungen bzw. gegen den Besitz von Jüdinnen und Juden. Es handelte sich um antisemitische Schmierereien, Diebstahl sowie das gezielte Platzieren antisemitischer Propaganda (am Balkon bzw. am Auto der Betroffenen). Diese Vorfälle haben eine besonders gravierende Auswirkung auf das Sicherheitsgefühl der Betroffenen, weil von einer gezielten Tat gegen die jeweilige Personen auszugehen werden muss und diese den privaten Rückzugsraum betreffen.

⁷ Vgl. <http://stolpersteine-berlin.de/> (zuletzt 15.02.2017).

Beispiele für Sachbeschädigungen:



Charlottenburg-Wilmersdorf, Januar 2016: Eine Zettelrolle mit antisemitischem Inhalt wird auf dem Balkon eines dort lebenden Juden vorgefunden.

**Sachbeschädigung: Berlin-Charlottenburg, 31.01.2016*

Friedrichshain-Kreuzberg, Februar 2016: Im Hinterhaus eines Mehrfamilienhauses wird die Mesusa an einer Wohnungstür abgerissen.

Tempelhof-Schöneberg, Februar 2016: In Friedenau werden in einer Nacht insgesamt 35 Stolpersteine mit grauer Farbe übersprüht.

Bezirk Mitte, August 2016: Die Gedenktafel der Initiative „Sie Waren Nachbarn e. V.“ in der Ellen-Epstein-Straße wird beschmiert. Im Satz „Von hier fuhren Züge ins Gas“ wird das Wort „Gas“ durchgestrichen und daneben „Das stimmt nicht“ gesprüht.



**Sachbeschädigung: Berlin-Moabit, 10.08. 2016*



**Sachbeschädigung: Berlin-Tiergarten, 19.09.2016*

Bezirk Mitte, September 2016: Am Gedenkort für die ermordeten Mitglieder der Israelitischen Synagogengemeinde (Adass Jisroel) am Wullenwebersteg wird der Schriftzug „Jesus, Liebe, Wahrheit“ angebracht.

Bezirk Mitte, Dezember 2016: In einem Mehrfamilienhaus in Moabit wird an die Wohnungstür einer jüdischen Familie das Wort „Jude“ geschmiert.

6 Bedrohungen

Als **Bedrohung** wird jede eindeutige und konkret adressierte schriftliche oder mündliche Drohung gewertet. Die Eindeutigkeit ergibt sich aus der direkten oder indirekten Androhung von Gewalt gegen Personen, Personengruppen oder Sachen. Die Konkretheit ist dann gegeben, wenn die Bedrohung gegen eine konkrete Person, eine Personengruppe oder Institution gerichtet ist.

Von den 18 registrierten Bedrohungen waren insgesamt 26 Personen betroffen. Sechs Bedrohungen ereigneten sich im direkten Kontakt, also von Angesicht zu Angesicht, in einer Situation führte der Täter ein Messer dabei. Vier dieser Fälle ereigneten sich in Alltagssituationen im öffentlichen Nahverkehr, auf der Straße und einer Bildungseinrichtung, zwei fanden im Kontext von politischen Demonstrationen statt. Neun Bedrohungen wurden in den sozialen Netzwerken Facebook und Twitter getätigt. Drei Bedrohungen wurden durch postalische Zuschriften übermittelt.

Die Mehrheit der Fälle (11) richtete sich gezielt gegen Jüdinnen und Juden, sowie gegen jüdische Institutionen in Berlin. In den übrigen Situationen waren Personen betroffen, die eine Israel-Fahne bei sich führten, die sich beruflich oder privat gegen Antisemitismus engagierten, oder Personen die gerade eine Gedenkstätte für die Opfer der Schoa besucht hatten.

Besonders auffallend ist, dass in mindestens einem Drittel der Fälle konkrete „Vernichtungsdrohungen“ gegen die Betroffenen ausgesprochen wurden. Diese erfolgten durch semantische Bezugnahmen auf die Schoa, wie z.B. „Euch hätte man damals alle vergast!“ oder „Der Hitler hat leider nicht genug Juden vergast, es gibt noch zu viel von euch ...“.

Eine besonders perfide und große Reichweite entfaltende Bedrohung ereignete sich am 9. November, als auf der Facebookseite der extrem rechten Gruppe "Freie Kräfte Berlin Neukölln" eine Grafik unter dem Titel „Juden unter uns!“ (Frakturschrift) mit den Adressen von knapp 70 Berliner jüdischen und als jüdische wahrgenommenen Einrichtungen veröffentlicht wurde. Die Veröffentlichung der Adressen von Synagogen, Kindergärten, Schulen, Restaurants und Erinnerungsorten an die Schoa verunsicherte etliche Betroffene.

Ebenfalls in den sozialen Netzwerken wurden die Bedrohungen gegen die bekennende Jüdin Anetta Kahane, die Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, ausgesprochen. Sie erhielt darüber hinaus dutzende Zuschriften, in denen sie antisemitisch und sexistisch beschimpft wurde (siehe verletzendes Verhalten). Die genannte Stiftung engagiert sich seit vielen Jahren für die Stärkung demokratischer Strukturen und die Bekämpfung des Antisemitismus. Insbesondere wegen ihres Vorgehens gegen antisemitische Hass-Rede in sozialen Netzwerken wurden die Stiftung und ihre jüdische Vorsitzende zunehmend zum Ziel von Anfeindungen.

Drei Drohbriefe waren gegen einen Journalisten des „Tagesspiegel“ und gegen die Leiterin des zivilgesellschaftlichen Projekts „Register Charlottenburg-Wilmersdorf“ in Trägerschaft der Sozialistischen Jugend – Die Falken gerichtet. Ähnliche Schreiben werden seit mehreren Jahren verschickt. Entsprechende Strafanzeigen eines betroffenen Bundestagsabgeordneten wurden 2015 eingestellt, da die Adresse des Absenders sich als falsch herausgestellt hatte. Unterzeichnet werden diese Briefe, die alle im Stil einer Anklageschrift verfasst sind, von einer sogenannten „Redaktionskonferenz der Friedensjuden“. Im Oktober 2016 tauchte ein Auszug eines solchen Drohbriefes als Leserbrief in einem ausschließlich in Charlottenburg zugänglichen lokalen

Nachrichtenblatt auf. Das lässt vermuten, dass die Urheber_innen der Schreiben in diesem Bezirk wohnen.

Beispiele für Bedrohungen:

Friedrichshain-Kreuzberg, März 2016: Eine Teilnehmerin einer Demonstration gegen Antisemitismus vor dem Kino Movimiento wird von einem Mann als „Zionisten-Fotze“ beschimpft. Ihr wird angedroht, sie nach Hause zu verfolgen, wo er sie „kriegen würde“.

Charlottenburg-Wilmersdorf, März 2016: In Richtung einer spanischen Reisegruppe, welche gerade das Denkmal „Gleis 17“ besucht hat, beginnt ein älterer Herr sich über die "dreckigen Judendenkmäler" in Berlin zu beschweren. Er spuckte in die Richtung der Gruppe und setzt seine Tiraden fort: "Euch hätte man damals noch alle vergast", "Meine Mutter war Sortiererin an der Rampe im KZ und da bin ich stolz drauf", "Keiner sagt mir hier was gegen meinen Adolf", "Wenn ich das Sagen hätte würde ich noch viel mehr vergasen als früher".

Steglitz-Zehlendorf, Juli 2016: Ein Person der die antisemitischen Kommentare eines älteren Mannes kritisiert, wird von diesem mit einem Messer bedroht. Dabei schimpft der Täter über „die Juden“, „die Amerikaner“ und „die Bundesregierung“. Er macht Stichbewegungen mit dem Messer in die Richtung des Betroffenen droht ihm beim nächsten Mal sein Tattoo herausschneiden

Charlottenburg-Wilmersdorf, Juli 2016: Ein Ordner auf dem Gay Pride Umzug am Christopher Street Day wird aufgrund seiner mitgeführten Israelfahne mehrfach antisemitisch beschimpft und in einer Situation auch bedroht. Ein Passant versucht eine Porträt-Aufnahme des Betroffenen zu machen, als dieser versucht sich dem Fotografieren zu entziehen, kommt der Täter bis an sein Gesicht ran und bedrängt ihn so auch körperlich.

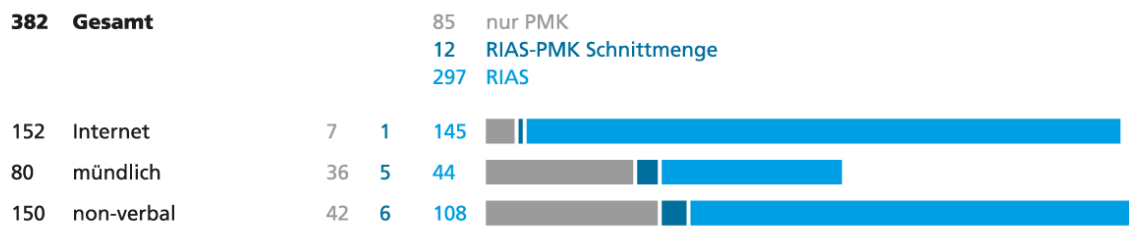
Friedrichshain-Kreuzberg, Oktober 2016: Ein Journalist des Tagesspiegels erhält einen antisemitischen Drohbrief. In dem, im Stile einer Anklage verfassten Schreiben wird der Betroffene wegen seiner journalistischen Tätigkeit der „Mittäterschaft“ am vermeintlichen „Genozid“ an den Palästinenser_innen und der Unterstützung eines „schleichenden Holocausts“ bezichtigt.

Lichtenberg, Dezember 2016: In der Tram M5 wird ein Berliner Jude von einem Passagier bedroht, nachdem dieser registriert, dass der Betroffene die „Jüdische Allgemeine“ liest. Der Täter sagt in Richtung des Betroffenen: „Der Hitler hat leider nicht genug Juden vergast, es gibt noch zu viel von euch ...“.

7 Verletzendes Verhalten

Die Kategorie **verletzendes Verhalten** schließt sämtliche Vorfälle ein, bei denen Jüdinnen, Juden oder jüdische Institutionen gezielt, böswillig oder diskriminierend adressiert werden, unabhängig davon, ob der Text selbst antisemitische Stereotype enthält oder nicht. Des Weiteren fallen in diese Kategorie antisemitische Aussagen, die sich schriftlich oder mündlich gegen Nicht-Juden richten, sowie antisemitische Schmierereien oder Aufkleber an nicht-jüdischem Eigentum.

Vergleich der RIAS- und PMK-Statistiken nach Vorkfallkategorie
 „Verletzendes Verhalten“



* Die Grafik vergleicht die der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (helles Blau) bekannt gewordenen Fälle verletzenden Verhaltens mit jenen, welche in der polizeilichen Statistik für politisch-motivierte Kriminalität (PMK: grau) unter „antisemitischen Straftaten“ und Straftaten des Themenfeldes „Israel-Palästina-Konflikt“ für das Jahr 2016 erfasst wurden und die Kriterien für diese Kategorie erfüllen. Die Schnittmenge (dunkel blau) bildet jene Straftaten der polizeilichen Erfassung ab, welche dem Projekt bereits bekannt waren.

Mit 382 oder 81 % der insgesamt 470 registrierten Vorfälle stellt verletzendes Verhalten mit Abstand die größte Kategorie dar. Bei 152 Vorfällen richteten sich Aussagen im Internet gegen jüdische Personen, Institutionen oder zivilgesellschaftliche Projekte. In 150 Fällen handelte es sich um antisemitische Propaganda, Schmierereien und Zuschriften. Die Grenze zwischen einer Bedrohung und verletzendem Verhalten ist häufig fließend.

Insbesondere die 80 registrierten Fälle mündlicher Anfeindungen können auf die Betroffenen und Zeuginnen und Zeugen mitunter eine sehr bedrohliche Wirkung haben. So ist beispielsweise eine Beschimpfung als „Jude“ an sich keine eindeutige Androhung von Gewalt, jedoch kann sich dies schnell ändern, sobald der oder die Betroffene auf die Anfeindung reagiert. In etlichen Situationen verhinderte die ignorierende oder ausweichende Reaktion der Betroffenen auf verbal-verletzendes Verhalten, dass es zu Bedrohungen oder gar Angriffen kam. In 47 Fällen fand verletzendes Verhalten mündlich und in direkter Kommunikation (Face to Face) statt. Davon waren mindestens 83 Personen unmittelbar betroffen. In 15 Fällen wurden Personen als Jüdinnen oder Juden identifiziert und beschimpft oder beleidigt. In einer Situation wurde eine jüdische Reisegruppe von 24 Personen am Denkmal „Block der Frauen“ in der Rosenstraße im Bezirk Mitte beschimpft. In fünf Fällen wurden als solche erkennbare Jüdinnen, Juden oder Israelis diskriminiert, etwa indem ihnen ein Sitzplatz in der S-Bahn oder Dienstleistungen in der Gastronomie oder in einem Geldinstitut verweigert wurden. In zwei dieser Fälle wurden sie als Angestellte am eigenen Arbeitsplatz benachteiligt. All diese Handlungen wurden von antisemitischen Kommentaren begleitet. In weiteren 33 Fällen äußerten sich die Täter_innen antisemitisch, ohne gezielt Personen zu adressieren. Zwölf Fälle verletzenden Verhaltens ereigneten sich im Kontext von Demonstrationen oder Kundgebungen. Dabei wurden antisemitische Parolen gerufen, Reden gehalten oder antisemitische Plakate präsentiert.

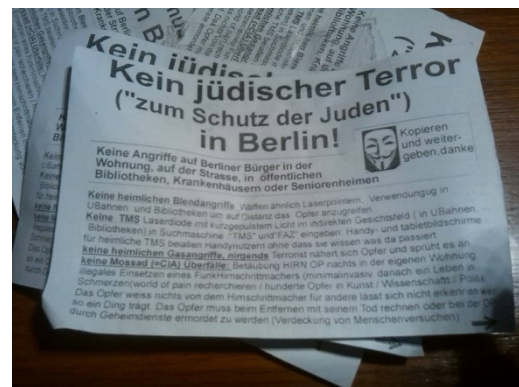
Die 152 Vorfälle im Internet richteten sich in 101 Fällen gegen jüdische Personen oder Institutionen. Dabei handelte es sich um antisemitische oder beschimpfende Nachrichten in privaten und beruflichen Social-Media- oder E-Mail -Konten, um Kommentare auf jüdischen Blogs sowie Beiträge in Kontaktformularen jüdischer Organisationen. Die Inhalte dieser Nachrichten greifen auf das gesamte Repertoire des Verbal-Antisemitismus zurück. Sie beinhalten darüber hinaus explizite Gewaltfantasien sowie dehumanisierende Karikaturen und Texte. Bei den per E-Mail verschickten Zuschriften fällt auf, dass viele Absender_innen persönliche Angaben hinterlassen und häufig der bürgerlichen-konservativen Mitte der Gesellschaft zuzurechnen sind. In 49 Fällen wurden E-Mails an

zivilgesellschaftliche Organisationen, jüdische Einzelpersonen und Organisationen versendet. Diese beinhalteten vorwiegend verschwörungstheoretische kryptische Inhalte.



*Blog-Kommentar, Internet, Februar 2016

Bei den 150 Vorfällen non-verbaler antisemitischer Verhaltens handelt es sich der absoluten Mehrheit um Propaganda und Schmierereien, wobei in Ausnahmen die Grenze zu mündlichen Vorfällen fließend sein kann (Siehe Beispiele „Usama Zimmerman“). In der Regel finden sie aber weder mündlich noch in einer erzwungenen direkten Kommunikation (Face to Face Situation) statt. Für diese Kategorie muss im besonderen Maße berücksichtigt, dass der Wert stark durch den Sensibilisierungsgrad der Bevölkerung und ihrer Bereitschaft Vorfälle zu melden bedingt ist. Gleichzeitig erfahren die Täter_innen beim Verbreiten von Propaganda geringen Verfolgungs- und fast nie unmittelbaren Rechtfertigungsdruck, was eine Erklärung für die hohe Fallzahl und das Vorkommen von Tatserien erklären kann. Ein Beispiel für eine seit Oktober 2015 anhaltende Serie antisemitischer Propaganda ist die Verbreitung von 10 mal 10 Zentimeter großen Zetteln auf denen vor „jüdischem Terror“ und angeblichen Überwachungsmaßnahmen durch den Mossad gewarnt wird. Über das ganze Jahr 2016 hinweg wurden diese über das gesamte Stadtgebiet verteilt 30 Mal gemeldet. Mehrfach wurde diese Propaganda gezielt an jüdischem Eigentum oder im Wohnumfeld erkennbarer Jüdinnen und Juden angebracht. (siehe Abschnitt Sachbeschädigungen).



*Propaganda: Berlin-Kreuzberg, 17.09.2016

Beispiele für verletzendes Verhalten:

Neukölln, Januar 2016: Ein Kippa tragender Mann wird auf der Karl-Marx-Straße in unvermittelt von einem älteren Mann als „sharmota“ (auf Deutsch sinngemäß „Hurensohn“) und „yahud“ („Jude“) beschimpft.

Steglitz-Zehlendorf, April 2016: Als Reaktion auf Protest gegen seine Person bezeichnet Andreas Willd (mittlerweile Mitglied des Abgeordnetenhauses für die „Alternative für Deutschland“) seine Kritiker_innen in als „SA“ und sich selber als „Jude“. Er bedient das Bild der Täter-Opfer-Umkehr und relativiert mit seiner Aussage die antisemitischen Verbrechen des Nationalsozialismus.

Bezirk Mitte, Mai 2016: Während der Fahrt eines Sonderzuges für Anhänger des Fußballvereins Borussia Dortmund (BVB) zum DFB-Pokalfinale im Herrenfußball kommt es zu antisemitischen Äußerungen. Eine Fanggruppierung des BVB singt antisemitische Lieder. Auch am Berliner Hauptbahnhof sind antisemitische Gesänge zu hören, in denen unter anderem das Wort „Judenschweine“ vorkommt.

Bezirk Mitte, Mai 2016: An drei Sonntagen wird im Park am Gleisdreieck antisemitisches Propagandamaterial ausgelegt. Es handelt sich um 30 CD-ROMs mit Bildern, Texten und Filmen sowie die gleiche Anzahl laminierte Karikaturen. Zu den propagierten antisemitischen Ideologemen gehören die jüdische Weltverschwörung, kollektive körperliche und charakterliche Eigenschaften von Juden, die Leugnung der Schoa, Ritualmordlegenden sowie Nachkriegsantisemitismus.⁸



**Propaganda: Berlin-Schöneberg, 29.05.2016*

Charlottenburg-Wilmersdorf, Juli 2016: Am Rande des alljährlich stattfindenden „Quds-Tag“-Aufmarsches kommentiert eine junge Frau gegenüber ihren Begleiter_innen die Parole „Seid ihr alle blind und stumm? Israel bringt Menschen um!“ mit der Aussage „Ja, da haben sie total recht. Das liegt alles an diesen Scheißjuden!“

Friedrichshain-Kreuzberg, Juli 2016: An der Straßenecke Boxhagener Straße/Warschauer Straße wird eine Werbefläche an einem Laternenmast mit der Aufschrift "Wir sitzen zwar alle in der selben Gaskammer, aber Du sitzt am Hahn. Bei Rot Motor aus." festgestellt.

Friedrichshain-Kreuzberg, August bis Oktober 2016: Mehrmals werden antisemitische Schmierereien an einem Hauseingang im nördlichen Friedrichshain festgestellt. Die Schmierereien zeigen u. a. einen Davidstern, ein Gleichheitszeichen und dahinter ein Hakenkreuz oder das Wort „Rassismus“. Die gesamte Eingangstür des Mehrfamilienhauses ist mit Stempelaufdrucken „BDS-Berlin“ überzogen.

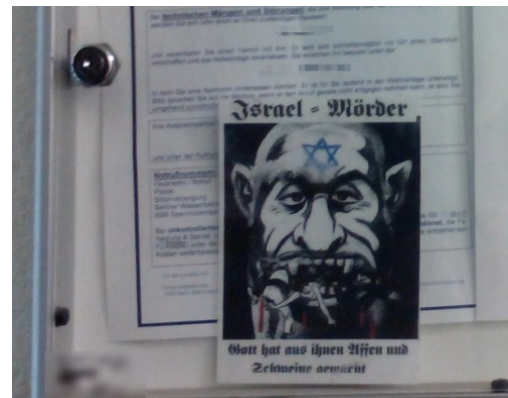
⁸ Der Begriff Nachkriegsantisemitismus wurde anstatt des Begriffes sekundärer Antisemitismus verwendet, da die selben alten antisemitischen Vorstellungen auch nach 1945 weiter wirkten und sich lediglich an die aktuellen politische und gesellschaftliche Situation anpassen. vgl.: Schwarz-Friesel, Monika/Jehuda Reinharz: Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin, 2013. S. 95 ff..



Bezirk-Mitte, Oktober 2016: Auf einer Demonstration tragen mehrere Personen antisemitische Plakate. Auf dem einen wird der Schoa-Leugner Horst Mahler zitiert mit der Aussage „Wenn du wissen willst, wer dich beherrscht? Frage dich, wen du nicht kritisieren darfst!“ Auf dem Plakat wird auch die Abschaffung des § 130 Volksverhetzung gefordert. Die Versammlung war eine von mindestens 22 öffentlichen Auftritten eines gewissen „Usama Zimmermann“ (Selbstbezeichnung). Dieser wirft auf mit sich geführten Plakaten wirft „den Zionisten“ vor, die Welt zu terrorisieren und mehr Macht als die Regierungen der USA und Deutschland zu haben. Damit reproduziert er den antisemitischen Stereotyp der jüdischen Allmacht. Die Polizei hat nach mehreren Strafanzeigen die Plakate konfisziert und einer juristischen Prüfung unterzogen. Die Inhalte wurden jedoch als nicht strafbar eingestuft und dem Träger wieder ausgehändigt.

**Schilder auf Demonstration: Berlin-Mitte, 08.10.2016*

Bezirk Mitte, Oktober 2016: In einem Mehrfamilienhaus in Moabit ist in einem Ankündigungskasten der Hausverwaltung mehrere Wochen lang ein antisemitischer Flyer zu lesen.



**Propaganda: Berlin-Moabit, 21.10.2016*

Bezirk Mitte, November 2016: Ein Mitglied der Synagogengemeinde Kahal Adass Jisroel wird in der Nähe des U-Bahnhofes Bernauer Straße beschimpft. Die beiden Täter laufen hinter dem Betroffenen her, während sie laut „Scheißjude“ und „Free Palestine“ rufen.

8 Versammlungen

Unter **Versammlungen** fasst RIAS Demonstrationen oder Kundgebungen unter freiem Himmel sowie der Öffentlichkeit zugängliche Veranstaltungen in geschlossenen Räumen zusammen, auf denen antisemitische Positionen verbreitet werden. Diese Verbreitung kann durch Wortbeiträge, mitgeführte Transparente, gerufene Parolen oder die publizierten Selbstverständnisse der organisierenden Gruppen geschehen.

Teil der Projektstätigkeit ist das Monitoring von Versammlungen mit antisemitischer und israelfeindlicher Ausrichtung. In diesem Bereich werden, wie bereits erwähnt, Vor-Ort-Beobachtungen, Hintergrundanalysen und sich daraus ergebende Bewertungen durch die Mitarbeiter_innen des Projektes vorgenommen. Der inhaltliche Bezugsrahmen für die Auswertung der gemachten Beobachtungen ergibt sich aus den genannten Arbeitsdefinitionen.

Von den 29 registrierten Versammlungen 2016 waren 18 Demonstrationen, neun Kundgebungen unter freiem Himmel und zwei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen. Aufgrund der öffentlichen Ächtung antisemitischer Positionen wurde auf kaum einer der 29 Veranstaltungen offen gegen Jüdinnen oder Juden gehetzt. Vielmehr wurden Chiffren und Codes verwendet, die vom jeweiligen Publikum als Bezugnahmen auf eine vermeintliche jüdische Allmacht sowie die angebliche jüdische Kontrolle von Politik und Medien verstanden wurden – und daher ihrem Sinngehalt nach als antisemitisch gelten. Eine der häufigsten Codierungen ist die Verwendung der Begriffe „Zionisten“ oder „Zionismus“ anstelle von Juden bzw. Judentum. Auch durch andere Begriffe werden antisemitische Stereotype, Argumentationsmuster und Verschwörungstheorien auf den jüdischen Staat projiziert. Das Ziel der Akteure ist es, Antisemitismus als legitime Kritik staatlichen Handelns erscheinen zu lassen.

In diesem Zusammenhang fallen seit Jahren besonders israelfeindliche Personen und Initiativen auf, die unter dem Label „Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen Israel“ (BDS) regelmäßig Versammlungen organisieren. Den Vorwurf antisemitisch zu argumentieren, weisen die Akteure unter Verweis auf ihre Gewaltfreiheit und ihre Orientierung an universellen Menschenrechten weit von sich. Jedoch richten sich zwei der drei Kernforderungen dieser palästinensischen Interessenkampagne⁹ unmittelbar gegen das Fortbestehen Israels als jüdischem Staat. Dies stellt

9 Das in dem BDS Aufruf aus dem Jahr 2005 geforderte „Ende der Besetzung (...) von allem arabischen Land (...)“ zielt im Gegensatz zu Formulierungen wie „1967 besetzte Gebiete“ auf das gesamte israelische Staatsterritorium. In späteren Veröffentlichungen der Kampagne taucht auch die Formulierung „im Juni 1967 besetztes arabisches Land“ auf. Dass es sich hierbei um einen inhaltlichen Dissens innerhalb der Kampagne, aber auch um eine strategische Frage handelt, wird durch einen Blick auf die Webseite der deutschen BDS-Kampagne deutlich: Während dort der ursprüngliche Aufruf mit der Formulierung „allem arabischen Land“ von 29 Initiativen unterstützt wird, unterstützen den „deutschlandweiten BDS-Aufruf“ mit der eingeschränkten Forderung lediglich 19 der 29 Initiativen. (Vgl.: <http://bds-kampagne.de/aufruf/aufruf-der-palstinensischen-zivilgesellschaft/unterstuetzer/>; <http://bds-kampagne.de/aufruf/deutschlandweiter-bds-aufruf/unterstuetzende-gruppen-und-organisationen/>; zuletzt 20.02.2017). Letztlich stellt auch das geforderte uneingeschränkte Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge, für das sich BDS

nach der bereits erwähnten Arbeitsdefinition Antisemitismus der IHRA eine Form von Antisemitismus dar.¹⁰ 2016 wurden zwölf Demonstrationen und Kundgebungen registriert, die entweder direkt von BDS Berlin organisiert wurden oder maßgeblich von den Inhalten der Kampagne geprägt waren. Bei mehreren Anlässen wurden Personen, die gegen diese Inhalte dieser Versammlungen protestierten oder diese öffentlich kritisierten, antisemitisch beschimpft oder gar tätlich angegriffen.

Auch aus dem islamistischen Spektrum wurden 2016 Versammlungen abgehalten, auf denen antisemitisch argumentiert wurde. Bei dem seit 1996 jährlich in Berlin stattfindenden Al-Quds-Marsch, dessen zentrales Motiv die offensive Infragestellung des Existenzrechtes Israels ist, war aufgrund der strengen Auflagen durch die Sicherheitsbehörden das Bemühen der Redner_innen zu erkennen, weniger aggressiv aufzutreten und antisemitische Haltungen noch stärker zu verschleiern. Das gelang jedoch nicht vollständig. Vom Moderator der Demonstration sind mehrere Aussagen und auf Arabisch vorgetragene Koran-Rezitationen dokumentiert, in denen Gewalt gegen „Kinder Israels“ religiös gerechtfertigt wurde. Das zentrale Anliegen des Al-Quds-Marsches ist und bleibt das öffentliche Eintreten für die Vernichtung Israels. Dieses Ziel verändert sich auch durch die strengeren Auflagen und die veränderte Wortwahl nicht. Vielmehr bedient sich die Dämonisierung Israels immer wieder antisemitischer Denkfiguren und Bildsprachen.¹¹

Eine Kundgebung, die in der Nähe des Denkmals für die ermordeten Juden Europas stattfand, hatte eine Gleichsetzung der Verbrechen der Nationalsozialismus mit der Politik Israels zum Ziel. Die Versammlung wurde von M. Lejeune angemeldet und zog auch Personen aus dem salafistischen Spektrum an.

Ein weiteres Milieu, auf dessen Versammlungen regelmäßig antisemitische Inhalte in Form von Reden, Parolen oder mitgeführten Transparente wahrnehmbar sind, sind Initiativen der extremen Rechten. Die inhaltliche Klammer dieser völkisch-nationalistischen Organisationen ist eine „grundlegende reaktionäre Fundamentalkritik“ gegen eine sich als offen und pluralistisch verstehende Gesellschaft. Die Akteure bringen nicht nur die „Ablehnung der Bundesregierung,

ausspricht, einen Angriff auf die Existenz Israels dar. Ist von palästinensischen Flüchtlingen die Rede, so sind damit schließlich nicht nur die im Zuge der israelischen Staatsgründung geflohenen und vertriebenen Palästinenser_innen gemeint (nach UN-Schätzungen ca. 700.000), sondern ebenso alle ihre Nachkommen (ca. 5.000.000), da der Flüchtlingsstatus nach den UN-Statuten, im Gegensatz zu allen anderen Flüchtlingsgruppen, bei den Palästinenser_innen über männliche Flüchtlinge vererbt wird. Eine „Rückkehr“ der mittlerweile fünf Millionen Menschen in israelisches Staatsgebiet würde die gegenwärtige Bevölkerung nahezu verdoppeln und das unmittelbare Ende Israels als jüdischen Staates bedeuten. (Vgl.: <https://www.unrwa.org/palestine-refugees>; zuletzt 20.02.2017).

10 Vgl.: Salzborn, Samuel. Israelkritik oder Antisemitismus? Kriterien für eine Unterscheidung. In: Kirche und Israel. Neukirchener Theologische Zeitschrift. 28. Jahrgang. 1/2013. S. 12 ff.

11 Vgl. RIAS: <https://report-antisemitism.de/media/Auswertung-des-Qudstag-Marsches-2016.pdf>

sondern auch der Parteien, der etablierten Presse und des Rechtsstaates zum Ausdruck“.¹² In diesem Zusammenhang kommen auch strukturell antisemitische Argumentationsmuster zum Einsatz, in denen komplexe gesellschaftliche Verhältnisse auf eine Zweiteilung in „Gut“ und „Böse“, bzw. „wir hier unten“ und „die da oben“ reduziert wird. Darüber hinaus kam es 2016 auf zwei Aufmärschen unter dem Motto „Merkel muss Weg“, auf einer Demonstration von „BÄRGIDA“¹³ sowie auf einer Versammlung von „Hand in Hand“¹⁴ zu offen antisemitische Reden.

Auf einer Demonstration, die vor allem Anhänger der Gruppierung „Engagierte Demokraten gegen die Amerikanisierung Europas“ (Endgame) sowie der „Montagsmahnwachen für den Frieden“ frequentierten, wurden mehrere offen antisemitischen Plakate präsentiert. Auf der Abschlusskundgebung wurde eine antisemitische Rede gehalten und mitgeführt.¹⁵

In Charlottenburg versammelt sich regelmäßig ein verschwörungstheoretischer Gesprächskreis namens „Blauer Himmel“. Auf diesen Veranstaltungen wird u.a. behauptet, dass Flugzeuge mittels Kondensstreifen Gift ausstreuen würden, um die Bevölkerung zu vernichten. Diese Behauptung ist wissenschaftlich widerlegt, die Verschwörungstheorie bedient an dieser Stelle antisemitische Argumentationsmuster, denen zufolge eine geheime Macht im Verborgenen gegen das Wohlergehen der einfachen Bevölkerung arbeiten würde.

Beispiele für Vorfälle bei Versammlungen:

Friedrichshain-Kreuzberg, März 2016: An der Spitze des sogenannten „Karnevals der Geflüchteten“, läuft die Gruppe „BDS Berlin“ mit einem Plakat, auf dem Israel in dämonisierender Weise als „Apartheid-Staat“ dargestellt wird. Weitere Teilnehmer_innen fordern auf einem Plakat das Rückkehrrecht von „6 Mio. Palestinian Refugees“ (siehe hierzu Fußnote 9).

Bezirk Mitte, Mai 2016: Auf der Demonstration „Merkel muss weg“ spricht ein Redner von einem „Problem mit den Zionisten“, das überall bestehe. Seit Jahrhunderten seien die Zionisten für die Ausbeutung der Gesellschaften Europas verantwortlich. Die Enteignung jüdischen Eigentums durch die Nazis sei dagegen nur ein Witz.

12 Vgl.: apabiz e.V. (Hrg.): Fundamentalopposition gegen die offene Gesellschaft. Februar 2017. in: http://www.blog.schattenbericht.de/files/2017/02/Demosauswertung-2016_web.pdf (zuletzt, 17.02.2017).

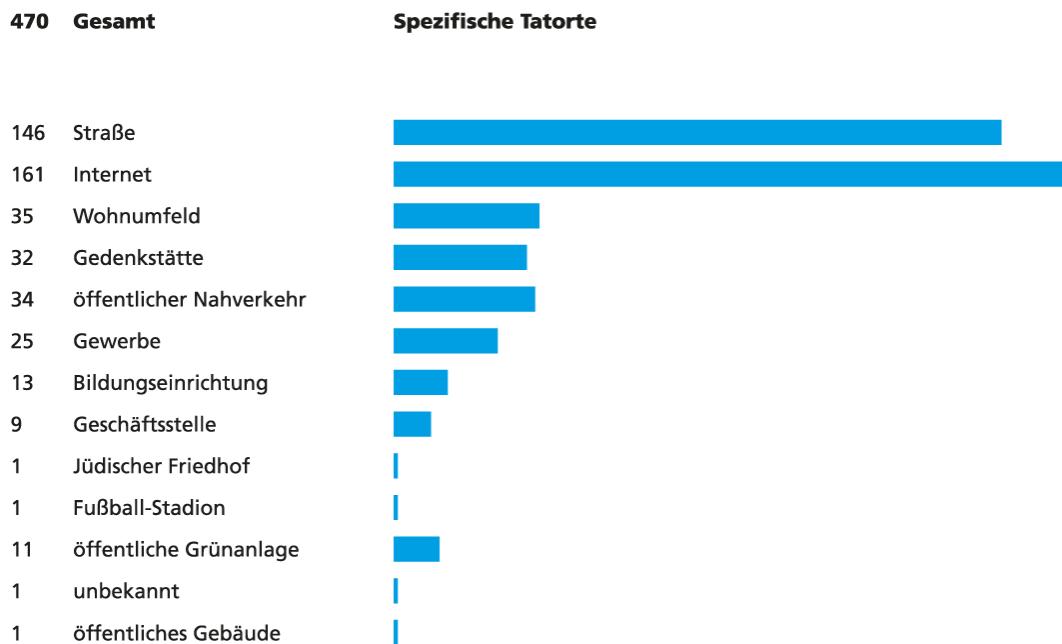
13 Bei „BÄRGIDA“ handelt es sich um den Berliner Ableger der völkisch-nationalistischen und rassistischen Bewegung „PEGIDA“.

14 „Die OrganisatorInnen von »Hand in Hand« waren ursprünglich an den »Merkel muss weg«-Demonstrationen beteiligt, haben dann aber aufgrund von Kritik am Format eine eigene Veranstaltungsreihe begonnen, die auch im Januar 2017 bereits fortgeführt wurde.“ (Vgl. http://www.blog.schattenbericht.de/files/2017/02/Demosauswertung-2016_web.pdf (zuletzt, 17.02.2017).

15 Vgl. <https://www.facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin/videos/1714452575543090/>

Bezirk Mitte, Mai 2016: Auf einer Demonstration der „Berliner Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (BÄRGIDA) verwendet ein Redner antisemitische Codes in Form von Begriffen wie „Hochfinanz“ und „NWO“ (Kürzel für *New World Order*, auf Deutsch neue Weltordnung).

9 Grafiken

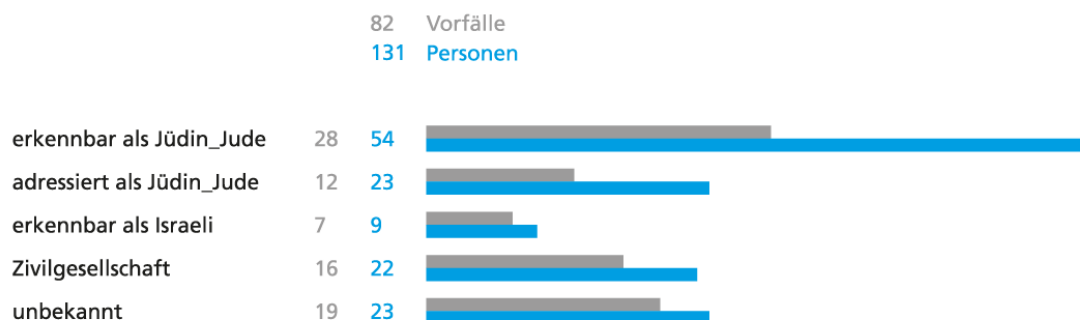


* Die

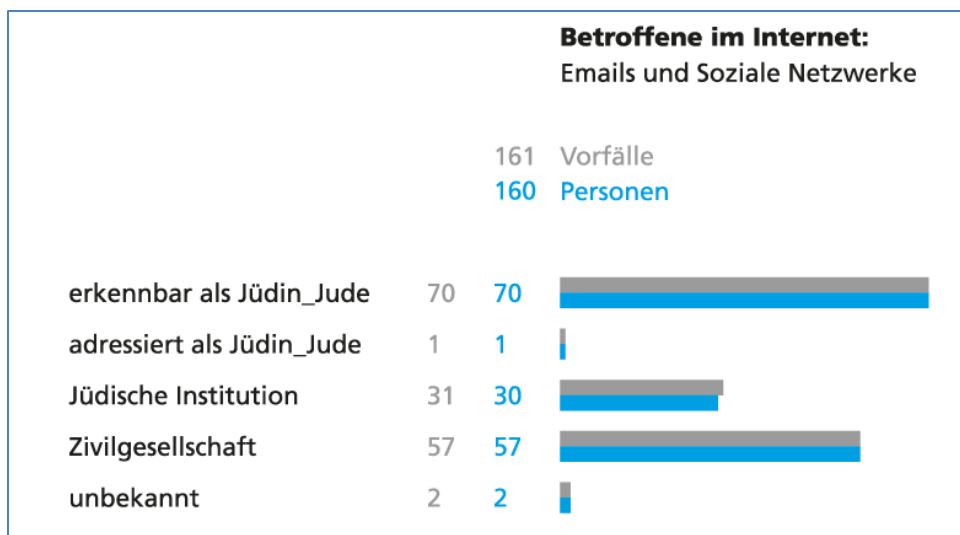
Grafik zeigt die Anzahl der Fälle aufgliedert nach spezifischen Tatorten. Die Trennschärfe zwischen den einzelnen Rubriken ist nicht immer gegeben, so kann ein Vorfall im „Wohnumfeld“ oder an einer „Gedenkstätte“ gleichzeitig auch auf der „Straße“ stattfinden. In solchen Fällen wurde sich immer die weniger allgemeine Kategorie entschieden.

Betroffene von face-to-face Situationen:

Angriffe, mündliche Bedrohungen, verbal verletzendes Verhalten



* Die Grafik zeigt die Anzahl der Betroffenen in Face-to-face-Situation, in denen Täter und Betroffene direkten Kontakt hatten, aufgliedert nach unterschiedlichen Betroffenen-Gruppen.



* Die Grafik zeigt die Anzahl der Betroffenen von Vorfällen im Internet, aufgliedert nach unterschiedlichen Betroffenen-Gruppen.